

Volker Kauder

- (A) Werte der **christlich-jüdischen Tradition**, die unser Land so stark gemacht haben, auch wenn sie nicht mehr jeder hundertprozentig für sich in Anspruch nehmen will; aber auch diese Leute wissen, dass das stimmt. Auf diese besinnen wir uns in dieser Koalition ebenfalls wieder.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wenn ich den Blick nach Europa richte, dann kann ich nur ganz klar und deutlich sagen: Das Abhängen von Kreuzen macht noch kein Land stärker.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir stehen am Anfang dieser neuen Regierungskoalition, die wir uns als Wahlziel gewünscht haben. Deswegen bin ich mir, auch wenn es die eine oder andere Diskussion gibt – wo gibt es sie nicht? –, sicher, dass uns dieser gemeinsame Wunsch, unserem Land zu helfen, aus der Krise herauszukommen, neue Perspektiven zu entwickeln und jungen Menschen Chancen zu geben, der getragen davon ist, Deutschland in eine gute Zukunft zu führen, die Kraft geben wird, nicht nur am Anfang stark zu sein, sondern über vier Jahre hinweg stark zu bleiben.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Joachim Poß für die SPD-Fraktion.

- (B) (Beifall bei der SPD)

Joachim Poß (SPD):

Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Kauder, Sie benötigen schon zu Beginn Demagogie, um von dieser schwachen Regierungserklärung abzulenken.

(Dr. Hans-Peter Friedrich [Hof] [CDU/CSU]:
Das ist ein furchtbares Gewäsch!)

Das ist doch wohl eher ein Zeichen von Schwäche als ein Zeichen von Stärke.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen: Herr Kauder, Sie haben bei Ihrer Parteigeschichte keinerlei Recht, die SPD für die Koalitionsentscheidung in Brandenburg anzugreifen, keinerlei Recht! Das wissen Sie genau.

(Beifall bei der SPD)

Ich erinnere mich daran, dass Sie ähnliche Reden voller Emphase auch zur Verteidigung der Großen Koalition gehalten haben.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, das stimmt!)

Insofern hat sich da bei Ihnen stilistisch nichts verändert.

Es gibt allerdings inhaltliche Unterschiede. Während Sie sich in der Großen Koalition noch auf Fakten gestützt haben, ist das jetzt ziemlich frei von Fakten. Die Regierungserklärung hat jedenfalls keine brauchbaren

Fakten geliefert. Frau Merkel, die sicherlich ebenfalls eine Mittagspause braucht – das verstehe ich –,

(Ute Kumpf [SPD]: Bei Mutti!)

hat sich entgegen ihren Bekundungen den finanziellen und ökonomischen Realitäten dieses Landes nicht gestellt.

(Beifall bei der SPD)

Sie ist regelrecht in eine schwarz-gelbe Scheinwelt geflüchtet, so wie auch Kollege Kauder das an manchen Stellen – voller Unwohlsein, wie ich den Eindruck hatte – getan hat.

Das Motto von Frau Merkel heute Morgen war: Plattitüden ersetzen Steueraufkommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Frau Merkel sprach von „Generationengerechtigkeit“ und „Nachhaltigkeit“, die mehr denn je in der Haushaltspolitik gelten sollten. Diese Worte müssten ihr angesichts ihrer Pläne eigentlich im Mund verdorren. Genau das Gegenteil ist nämlich richtig, wie wir wissen. Das heißt, sie täuscht die Öffentlichkeit. Das gilt auch für andere Fälle.

Herr Kauder hat den „Schutzschirm für Arbeitsplätze“ hochgehalten, hinter dem dann diese unseriösen Steuersenkungspläne realisiert werden sollen. Da wird dann aber keine Rücksicht genommen. Das sagen dann ja auch viele, auch CDU-geführte Länder und Kommunen. Diese Regierung nimmt in Kauf, dass durch diese Steuersenkungen die **Investitionsfähigkeit** und die **Finanzierungsfähigkeit** von Ländern und Kommunen zerstört werden. Das, was wir gemeinsam in der Großen Koalition auf den Weg gebracht haben und was ein Kernstück zur Krisenbekämpfung ist, das kommunale Investitionsprogramm, wird von Ihnen in der Realität konterkariert. Was ist denn das für eine ökonomische Logik?

(Beifall bei der SPD)

Schon zu Beginn hat diese Koalition ihren Anspruch, alles besser zu machen, sehr relativiert. Der Anspruch von Frau Merkel und von Herrn Westerwelle ist, sie wollen Deutschland besser regieren als die bisherige Bundesregierung. Sie wollen Deutschland besser durch die Finanz- und Wirtschaftskrise führen als Schwarz-Rot. Die neue Regierung behauptet, das könne sie. Ob sie das wirklich kann, ist mehr als fraglich. Die Regierungserklärung jedenfalls ist dafür keine Grundlage, sondern sie ist eine Ansammlung banaler Erkenntnisse ohne eine Strategie zur Umsetzung und Finanzierung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich erinnere noch einmal daran: Die Fußstapfen, in die die neue Regierung tritt, sind nicht klein. Die bisherige Bundesregierung, an entscheidenden Stellen mit Sozialdemokraten besetzt und insgesamt maßgeblich durch sozialdemokratische Politik geprägt, wurde und wird in der ganzen Welt für ihren Umgang mit der schwersten Krise seit Jahrzehnten gelobt. Konzepte, die maßgeblich von Frank-Walter Steinmeier und führenden Gewerk-

(C)

(D)

Joachim Poß

- (A) schaftern entwickelt wurden, zum Beispiel die Abwrackprämie, oder das auf Betreiben von Olaf Scholz massiv genutzte Instrument der **Kurzarbeit** haben internationalen Modellcharakter. Das kann man in der Zeitung nachlesen.

(Beifall bei der SPD)

Peer Steinbrück war national wie international einer der Hauptakteure im Kampf um die Stabilität und Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte. Auch und gerade ihm ist es zu verdanken, dass es im Finanzsystem nicht zu einem Kollaps gekommen ist. Ob die neue Regierung, die neuen Minister diese Qualität ebenfalls erreichen und eine so erfolgreiche Arbeit ebenfalls leisten werden, das werden wir sehen.

Wenn die neue Regierung immer wieder Behauptungen aufstellt und Ankündigungen macht, bedeutet das noch lange nicht, dass diese auch umgesetzt werden. Das, was wir bisher gesehen und gehört haben, etwa in der Koalitionsvereinbarung oder in der heutigen Regierungserklärung – das ist schon von mehreren Rednern dargestellt worden –, lässt für unser Land Schlimmes erwarten.

Die erste einschlägige Initiative, das sogenannte **Wachstumsbeschleunigungsgesetz**, ist nicht zielführend, sondern eine Mogelpackung und sonst nichts. Die Konjunkturstützungsmaßnahmen der Großen Koalition in Höhe von 80 Milliarden Euro werden ihre Wirkung im nächsten Jahr voll entfalten. Das führt sehr wahrscheinlich – so genau weiß man das allerdings nie – zu mehr Wachstum. Davon soll das Wachstumsbeschleunigungsgesetz allerdings ablenken; denn diese neue Regierung will dann im Lichte der NRW-Wahl sagen können: Seht mal, das sind die Ergebnisse unseres Wachstumsbeschleunigungsgesetzes. – Diese Taktik steckt dahinter. Das ist zwar durchschaubar, aber aus Ihrer Sicht vielleicht gar nicht so ungeschickt.

- (B)

Denn, Kollege Kauder, es waren ja unsere Konjunkturpakete, mit denen die 14 Milliarden Euro Steuerentlastungen, die jetzt wesentliche Teile des Wachstumsbeschleunigungspaketes ausmachen, bereits beschlossen wurden. Das ist keine Erfindung dieser neuen Koalition.

Ein weiterer Punkt: Sie haben einige Zuckerli für die Klientel hinzugefügt, die Ihnen nahesteht, wie zum Beispiel die Unternehmensbesteuerung. Die Änderungen bei der Unternehmensbesteuerung, die wir in der Großen Koalition zur Bewältigung der Krise zeitlich befristet beschlossen haben, gelten jetzt unbefristet. Das heißt, das, was wir ursprünglich bei der Unternehmensteuerreform gemeinsam geschaffen haben, um die Steuerbasis in Deutschland zu sichern, wird von Ihnen endgültig abgeräumt.

Dieser Weg setzt sich fort. Das ist fatal für das Steueraufkommen in Deutschland und damit für die Finanzierung des Gemeinwesens.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen ist die Klientelbedienung jetzt schon zum Markenzeichen dieser Koalition geworden. Die Lobbyisten reiben sich die Hände.

(C) Dass die Anhebung des Kinderfreibetrages die unterstellte Wachstumswirkung entfaltet, weil der private Konsum stark angeregt wird, oder dass der reduzierte Mehrwertsteuersatz für Beherbergungsleistungen einen Übernachtungsboom auslöst, glaube ich eher nicht. Dabei hilft der Blick nach Frankreich, wo man mit solchen Dingen schon länger Erfahrungen hat und wo es eine große Enttäuschung über all diese Maßnahmen gibt.

Das heißt ganz im Gegenteil – das habe ich schon erwähnt –, dass durch die zusätzlichen **Steuerausfälle** die Krisenfolgen für Länder und Kommunen wie auch für den Bund eigentlich nicht mehr tragbar sein werden. Spätestens im Kontext der NRW-Wahl oder danach werden wir es mit weiteren Dingen zur Finanzierung zu tun bekommen. Es bleibt abzuwarten, was diese Koalition noch auf der Pfanne hat.

Jedenfalls sollte sich eine Bundeskanzlerin, die einmal die Kanzlerin der Ehrlichkeit sein wollte, für einen solchen großen Etikettenschwindel zu schade sein. Diese Strategie ist weder mutig noch ehrlich. Sie ist abenteuerlich und verstärkt den Marsch in den Schuldenstaat.

Ich könnte jetzt auf einiges näher eingehen. Herr Kampeter ist gerade nicht anwesend, aber die Kolleginnen und Kollegen, mit denen wir in den letzten Jahren zusammengearbeitet haben, wissen eigentlich, dass hier Unverantwortliches für die Steuerzahler in Deutschland beschlossen wird. Das wissen Sie doch alle. Das heißt, Sie machen die Augen zu: „Augen zu und durch“ und „Prinzip Hoffnung“ – das sind die Parolen.

(Beifall bei der SPD)

(D) Jeder, der sich ein wenig in der Ökonomie auskennt, weiß, dass mit diesen Maßnahmen, die jetzt beschlossen werden und die umgesetzt werden sollen, eine Wachstumsbeschleunigung, wie man sie benötigte, um die gewünschten Finanzierungseffekte zu erreichen, nie und nimmer erreicht werden kann. Es gibt kaum einen Ökonomen auf dieser Welt, der das mit Zahlen und Fakten unterlegen würde. Auch da rennen Sie offenkundig in eine Sackgasse. Ich frage mich, ob es von Ihnen – ich kenne viele von Ihnen und weiß, dass Sie kompetent sind – wirklich verantwortet werden kann, jetzt in einer Krise nach dem Motto „Augen zu und durch“ zu handeln. Mehr ist das nämlich nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Konsequenzen werden erst ab dem nächsten Jahr sichtbar. Das gilt für die Einschnitte in die soziale Infrastruktur und in die Investitionsfähigkeit der anderen Ebenen. Das ist eine waghalsige Strategie von Steuersenkungen auf Pump.

Um jeglicher Legendenbildung vorzubeugen: Es ist nicht nur die FDP, die sich dieser Strategie massiver Steuersenkungen mittlerweile regelrecht ausgeliefert hat, das gilt genauso für die CSU und weite Teile der CDU. Sie sind zum Schaden unseres Gemeinwesens zu Gefangenen Ihrer unhaltbaren, unfinanzierbaren und unseriösen Steuersenkungsversprechen aus dem Wahlkampf geworden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Joachim Poß

- (A) Jetzt müssen Sie das auslöffeln, was Sie sich mit diesen Versprechungen eingeheimst haben. Sie haben manchen Wahlerfolg damit erzielt; das ist nicht zu leugnen. Aber ich glaube, dass die Bürgerinnen und Bürger das jetzt ausbaden müssen.

Im Mai werden wir kein neues Bild über die weitere finanzielle Entwicklung bekommen. Die Mai-Steuer-schätzung wird nur vorgeschoben, um erst dann über Einzelheiten der Steuersenkungen zu befinden. Im Mai wird es aber keine neuen Erkenntnisse geben. Man will lediglich vermeiden, dass vor der Landtagswahl in Nord-rhein-Westfalen im Mai über Einzelheiten und kontro-vers diskutiert wird.

Frau Merkel hat sich heute Morgen zum Stufentarif bekannt. Darüber wird noch eine sehr interessante Dis-kussion geführt werden. Herr Schäuble hat schon ange-kündigt, dass er kein Freund davon sei. Herr Seehofer hält das ebenfalls für nicht vertretbar. Ich freue mich auf die Debatte, die wir mit Ihnen darüber führen werden. Der Bundesfinanzminister kann heute aus guten Grün-den nicht hier sein. Ich will nicht sagen – er hat die Auf-gabe freiwillig übernommen –, dass er mir leidtut. Er ist auf jeden Fall ein sehr erfahrener Mann und weiß, dass eine ganz schwierige Aufgabe auf ihn zukommt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) **Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Das Wort hat nun Hans-Peter Friedrich für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof) (CDU/CSU):

Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren Kollen-gen! Lieber Herr Poß, an Ihrer Rede wie an den anderen Reden, die ich heute von Abgeordneten von der linken Seite gehört habe, wird deutlich: Die Sitzordnung im Hohen Hause stimmt wieder:

(Joachim Poß [SPD]: Die war nie anders, auch in der Großen Koalition nicht!)

auf der linken Seite die Volksbeglucker, die Volksbevor-munder und die Umverteiler und auf der anderen Seite die bürgerliche Koalition der Freiheit und der Verant-wortung. Das ist in der heutigen Debatte deutlich gewor-den.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Koalition aus CDU, FDP und CSU hat heute ihr Arbeitsprogramm offiziell vorgelegt. Es ist das Pro-gramm einer bürgerlichen Regierung.

(Zuruf von der SPD: Offenbarungseid!)

Herr Lafontaine hat die Frage gestellt, wie das Verhältnis von Frau Merkel, der Bundeskanzlerin, zu den Bürgern sei. Das Verhältnis ist geklärt. Die Mehrheit der Bürger in diesem Land wollte Frau Merkel als Bundeskanzlerin

haben, und sie haben Frau Merkel als Bundeskanzlerin. (C)
So funktioniert Demokratie.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeord-neten der FDP)

Große Aufgaben warten auf diese Koalition; das ist wahr. Denn wir sind in der weltweit schwersten Krise seit Jahrzehnten. Aber, Herr Poß, Sie haben recht: Wir beginnen nicht bei null. Die Große Koalition hat in den letzten zwölf Monaten ihre Aufgaben, was die Bewälti-gung der Krise angeht, erledigt und wichtige Zeichen ge-setzt: das Gesetz zur Stabilisierung der Finanzmärkte, die beiden Konjunkturpakete und die Kurzarbeiterrege-lungen als Brücke in einen **Konjunkturaufschwung**. Das alles sind wichtige Weichenstellungen. Deswegen, meine Damen und Herren von der SPD, sollten Sie nicht so viel Kraft darauf verwenden, sich von Ihrer Vergan-genheit zu distanzieren,

(Joachim Poß [SPD]: Sie distanzieren sich!)

sondern Sie sollten lieber Kraft für Ihre Zukunft verwen-den, damit Sie nicht den Populisten auf der ganz linken Seite auf den Leim gehen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wahr ist, dass wir Licht am Ende des Tunnels sehen. Es gibt ein Zeichen der Hoffnung im verarbeitenden Ge-werbe. Heute ist im *Handelsblatt* auf Seite 1 zu lesen: Die deutsche Wirtschaft holt rasant auf. – Das ist wahr. Der Konsum ist stabil. Die Frühindikatoren weisen nach oben, genauso wie die Auftragseingänge. Der Arbeits-markt zeichnet sich durch eine erstaunliche Robustheit aus. Aber die Finanzkrise ist noch nicht ausgestanden. Es gibt eine Menge Warnzeichen und Warnungen von Wirtschaftsexperten, die uns voraussagen, dass eine Welle von **Insolvenzen** noch bevorsteht. Wir sehen heute Banken, die immer noch am Tropf der Notenbank hängen. Wir sehen heute viele Unternehmen, die auf Konjunkturstützungsmaßnahmen angewiesen sind. Bei den Wachstumsprognosen für das nächste Jahr sind wir von 1 bis 2 Prozent ausgegangen. Nun wird spekuliert, ob es möglicherweise sogar 2,5 Prozent sind. Aber selbst wenn das eintritt, wird das nicht ausreichen, um an die Konsolidierungserfolge, die in den letzten Jahren mög-lich waren – hin zu einem ausgeglichenen Haushalt –, anzuknüpfen. Wir müssen bei der Produktion aufholen. Bis wir das Produktionsniveau, wie es vor der Krise war, erreicht haben, wird es noch einige Jahre dauern. Des-wegen gibt es nur eine einzige Möglichkeit, nämlich Impulse zu setzen für Wachstum und damit für Arbeits-plätze und für die Stabilisierung der Wettbewerbsfähig-keit unserer Wirtschaft. Deswegen ist das Wachstumsbe-schleunigungsgesetz ohne Alternative.

Was sind die Kernaussagen dieses Gesetzes? Erstens. Wir korrigieren die **Unternehmensteuerreform** an den Punkten, wo sich herausgestellt hat, dass es jetzt in der Krise, in der es Umstrukturierungen von Unternehmen gibt und Sanierungen von Unternehmen geben muss, Schwierigkeiten gibt und nachgebessert werden muss. Die Fesseln, die diese Umstrukturierung in der Wirt-schaft behindern, werden beseitigt.

(D)